

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Nr. 66.

Freitag den 17. August 1917.

Jahrgang XXVI.

Wien während des Krieges.

(32. und 33. Folge.)

Bericht des Bürgermeisters an den Stadtrat über die Gemeindeverwaltung bis Ende Juni 1917,

erstattet in der Sitzung des Wiener Stadtrates vom 16. August 1917.

In Ergänzung meiner beiden Berichte vom August 1915 und Februar 1917, welche die ersten zwei- und einhalb Jahre des Krieges umfaßten, will ich nunmehr eine kurze Darstellung der Leistungen der Gemeindeverwaltung im ersten Halbjahre 1917 folgen lassen.

In diesem Zeitraume fanden statt: 14 öffentliche und 14 vertrauliche Sitzungen des Gemeinderates, 36 Sitzungen des Stadtrates, 15 Sitzungen der Obmänner-Konferenz, 7 Sitzungen des Ausschusses für die Verleihung des Heimat- und Bürgerrechtes der Stadt Wien, 2 Sitzungen der Kohlen-versorgungs-Kommission, 1 Sitzung der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Gerathenen in Wien und Niederösterreich, 1 Sitzung der Rathauskeller-Kommission, 2 Sitzungen des Gemeindevahl-reform-Ausschusses, 1 Sitzung des Bezirkswirtschaftsrates, 19 Sitzungen der Zentralstelle für Tuberkulosenfürsorge, und zwar 1 Vollzugs-Ausschuß-Sitzung und 18 Sitzungen der Unter-Ausschüsse, 22 Sitzungen der städtischen Beratungsstelle für

Ernährung der Kranken während des Krieges, und zwar 3 Vollversammlungen und 19 Komitee-Sitzungen, 9 Sitzungen des Zentral-Beirates und 1 Sitzung der Leiterinnen der Frauen-hilfs-Aktion.

Unter den

Kriegsleistungen der Gemeinde

nahmen die

Fürsorgemaßnahmen für die Angestellten der Stadt Wien

auch im ersten Halbjahre 1917 wieder einen hervorragenden Platz ein. So wurde den Eingerrückten, sofern sie Familien-erhalter sind und zum Sagistenstande gehören, für die Zeit de

Kriegsgefangenschaft der volle Gehalt zugestanden. Den Familien der Eingerückten, die Mannschafspersonen sind, den nicht eingerückten aktiven und den im Ruhestande befindlichen Angestellten wurden einmalige außerordentliche Zuschüsse bewilligt. Für bestimmte Gruppen von Angestellten wurden in den untersten Lohnstufen den Teuerungsverhältnissen Rechnung tragende Mindestlöhne festgesetzt und die Ansätze der höheren Lohnstufen dementsprechend neu bemessen; ebenso wurden die Grundlöhne der Bediensteten der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen und die Bezüge der Unterbeamten letzterer Unternehmung erhöht.

Die **Kosten der Angestelltenfürsorge** ausschließlich der Kriegszulagen betragen im ersten Halbjahre 1917 für die magistratischen Angestellten 1,564.800 K, für die Lehrpersonen und Schuldiener 1,813.508 K, für die Angestellten der städtischen Unternehmungen 4,167.868 K, insgesamt also **7,546.176 K.** Seit Kriegsbeginn betragen diese Kosten 36,243.876 K. An Kriegszulagen, die mit 1. Jänner bedeutend erhöht worden sind, wurden in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 10,487.895 K ausbezahlt. **Die Gesamtkosten für die Kriegsfürsorgemaßnahmen zugunsten der Angestellten belaufen sich seit Kriegsbeginn auf 56,786.511 K.** Hierzu erwähne ich, daß ungefähr 37 Prozent der Gemeindeangestellten in militärischer Dienstleistung stehen.

Die

Unterstützungen

an die Familien der Eingerückten haben sich abermals erhöht.

Während Ende Dezember 1916 474.300 Personen einen staatlichen Unterhaltsbeitrag bezogen, standen Ende Juni 1917 520.000 im Genuß eines solchen. Der monatliche Aufwand hierfür beträgt gegenwärtig 15,000.000 K. Bis Ende Juni 1917 sind in Wien allein an staatlichen Unterhaltsbeiträgen nach einer vorläufigen Feststellung

345 Millionen Kronen

gegen 250 Millionen Kronen Ende Dezember 1916 ausbezahlt worden.

Diese Steigerung hat ihren Grund unter anderem auch darin, daß den wiederholten Petitionen der Gemeinde Wien entsprechend die Unterstützungsbeträge für einzelne Gruppen von Bezugsberechtigten erhöht worden sind.

Die Zentralstelle, welche die Aufgabe hat, die staatliche Kriegsfürsorge zu ergänzen, unterstützt dormalen 2613 Personen laufend mit einem Monatsersfordernisse von 78.890 K. An fortlaufenden Unterstützungen hat diese Hilfsstelle bisher 3,024.971 K und an einmaligen 1,735.933 K ausgeben.

Die Zahl der einmalig unterstützten Personen betrug 66.331.

Die Kosten, die der Staat für die Flüchtlinge in Wien aufgewendet hat, haben sich um 13,5 Millionen erhöht, so daß der ganze bisherige Aufwand 60 Millionen Kronen beträgt.

An

Subventionen

wurden im 1. Halbjahre 1917 aus eigenen Gemeindemitteln sowie aus Mitteln der Kriegsfürsorge-Zentrale über 100.000 K, hievon zur Gründung von Soldatenheimen und dem Wiener Hilfs-Komitee zur Unterstützung der reichsdeutschen Staatsangehörigen je 20.000 K ausbezahlt.

Die Höhe aller derartigen Aufwendungen seit Kriegsbeginn beträgt 1,8 Millionen Kronen.

Von der

n.-ö. Kriegskreditbank

für welche die Gemeinde Wien eine Ausfallsgarantie bis zum Betrage von 2 Millionen Kronen übernommen hat, wurden im 1. Halbjahre 1917 Kredite im Gesamtbetrage von 2,5 Millionen Kronen ausbezahlt, wodurch sich eine Gesamtkredithöhe von 16,3 Millionen Kronen ergibt. Hievon sind 14,2 Millionen bereits rückgezahlt. Die der Bank angeschlossene Kredithilfsstelle für Kunstgewerbetreibende, für welche die Gemeinde bis 50.000 K haftet, hat im obigen Zeitraum Kredite von zusammen 70.000 K, insgesamt 1,2 Millionen Kronen gewährt.

Auch im 1. Halbjahr 1917 wurde die Haftung der Gemeinde nicht in Anspruch genommen.

Ebenso wenig von der

Wiener Mietdarlehenskasse,

für welche die Gemeinde eine Ausfallsgarantie von 1 Million Kronen übernommen hat. Diese Kasse hat bisher 1,175.232 K an Darlehen bewilligt, von denen 326.095 K bereits wieder rückgezahlt worden sind.

Der

Kreditverein der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien

erwies sich auch im abgelaufenen Halbjahr als eine wertvolle, den Interessen des Handels- und Gewerbestandes und der Gesamtheit förderliche Einrichtung und ermöglichte seinen Mitgliedern eine rege Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete.

Angeichts der vielfach gesteigerten Umsätze und der erhöhten Beschäftigung, die gewissen Gruppen von gewerblichen Betrieben im Kriege erwachsen, ist das Kreditbedürfnis im allgemeinen gesunken. Der Kreditverein zählte Ende Juni 1917 499 Mitglieder, denen ein Kredit von 3,283.100 K eröffnet ist.

Einen breiten Raum in seiner Tätigkeit nahm seine Funktion als Zahl- und Verteilungsstelle für Konsumartikel (Mahlprodukte, Kolonialwaren, Zucker, Petroleum etc.) ein, welche die Gemeinde beschaffte. Der Umsatz im 1. Halbjahr 1917 betrug 158,667.499 K 28 h.

Die

Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen

konnte dank der unermüdblichen und selbstlosen Opferwilligkeit zahlreicher ehrenamtlich wirkender Frauen und Männer aller Gesellschaftskreise ihre Fürsorgetätigkeit ausbauen und erweitern.

Auf dem Gebiete der

öffentlichen unentgeltlichen Ausspeisung

hat sich die Zahl der Speisestellen um 16 erhöht; sie stieg von 131 auf 147.

Vom 1. Jänner bis 30. Juni 1917

wurden	11,865.660
vom Oktober 1914 bis 31. Dezember 1916	38,253.815
zusammen seit Kriegsbeginn	50,119.475 Mahlzeiten unentgeltlich verabreicht.

Die Kosten hiefür betragen

für das 1. Halbjahr 1917	2,865.352 K 71 h
für die Zeit vom Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1916	8.652.433 „ 99 „
zusammen	11,517.786 K 70 h

Außerdem wurden Speisemarken für Volksküchen um den Betrag von 100.561 K 85 h angekauft und verteilt.

Von Kriegsbeginn an bis 30. Juni 1917 wurden **1,272.600 Stück** Speiseanweisungen für Volksküchen verteilt.

Neben der öffentlichen Ausspeisung und als deren Ergänzung erfolgte auch eine

Lebensmittelverteilung an Bedürftige

durch die 23 Frauen-Arbeits-Komitees, wobei hauptsächlich kinderreiche oder von Krankheiten heimgesuchte Familien berücksichtigt wurden.

Vom Oktober 1914 bis 30. Juni 1917 wurden hiefür ausgegeben 602.887 K 58 h, wozu die Zentralstelle 492.581 K 72 h, die Frauen-Arbeits-Komitees aus Spenden und den Erträgen von Wohltätigkeitsveranstaltungen 110.305 K 86 h beisteuerten.

Durch die zunehmende Lebensmittelteuerung gewannen

die Kriegsküchen

für weitere Kreise der Bevölkerung eine erhöhte Bedeutung.

Im Juli 1916 hatten die ersten 3 offenen Kriegsküchen ihre Tätigkeit aufgenommen. Ende 1916 standen 28 Kriegsküchen im Betriebe, die 2,557.551 Speise-Portionen bis 31. Dezember 1916 verabreichten.

Im ersten Halbjahre 1917 waren 18 neue Kriegsküchen dazu gekommen. Die Gesamtleistung der 46 Kriegsküchen in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1917 betrug 9,705.111 Speise-Portionen.

Von den Kriegsküchen wurden daher in der Zeit vom 17. Juli 1916 bis 30. Juni 1917, insgesamt verabreicht

12,262.662 Speise-Portionen,

davon waren rund 4.9 Millionen Portionen Suppe, 4.4 Millionen Portionen Gemüse, 3 Millionen Portionen Mehlspeise, Fleisch, Innereien u. dgl.

Die Wohlfahrtseinrichtung der Kriegsküchen fand durch ein Mitglied des Allerhöchsten Kaiserhauses mächtige Unterstützung und wertvollste Förderung.

Ihre k. und k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Isabella hatte den hochherzigen Entschluß gefaßt, die Kosten der Errichtung von 15 neuen offenen Kriegsküchen sicherzustellen. Die Zentralstelle übernahm gerne die Verpflichtung, auch diese Küchen einzurichten und zu betreiben.

Die Küchen 37, 38, 40, 42, 43, 46, 48 sind bereits der hohen Frau zu danken, die nicht nur der Eröffnung der meisten dieser Kriegsküchen beiwohnte, sondern auch andere Kriegsküchen wiederholt unangesagt besuchte und in der leutseligsten Weise Bitten und Wünsche der Kriegsküchenteilnehmer entgegennahm.

Vom Kriegsküchen-Kommissariate Wien wurden bisher genehmigt:

Betriebsküchen	31
Anstaltsküchen	6
Gemeinschaftsküchen	10

zusammen . . . 47 Küchen mit

einer Teilnehmerzahl von 23.227 Personen. Die geringste Teilnehmerzahl einer Küche beträgt 50, die höchste 4000 Personen. Dem Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe Wiens gehören 29 dieser Küchen, dem Zentralverbande der Gemeinschafts- und Kriegsküchen in Wien und Niederösterreich gehören 18 dieser Küchen an.

Bereits im letzten Berichte ist die Einführung einer besonderen Fürsorge für die Schulkinder erwähnt worden, die in der Verabreichung eines

warmen Frühstückes

besteht.

Gegeben wird ein $\frac{1}{4}$ l Milchcafee und ein Stück Brot.

Anfangs 1917 wurden täglich 6416, Ende Juni 1917 10.309 Portionen verabreicht.

Das Frühstück wird in 95 Kochstellen zubereitet und in 137 Schulgebäuden, in denen 458 Schulen untergebracht sind, verteilt.

An erster Stelle stehen die Bezirke XVI mit über 1700, XX mit 1300 und X mit 1100 Portionen an letzter Stelle der IV. mit 56, der VII. mit 43 und der I. Bezirk mit 24 Portionen täglich.

Auf dem Gebiete der

Lebensmittelversorgung

wurde von der Gemeindeverwaltung im Einvernehmen mit der Regierung eine neue Wohlfahrtseinrichtung, „Die Lebensmittelabgabe an Mindestbemittelte“ geschaffen.

Diese Aktion setzte am 14. April 1917 mit der Ausgabe von billigem Fleisch (das Kilogramm zu 3 K 60 h) in 37 Ständen der Großschlächtere Aktiengesellschaft ein. Derzeit geben rund 50 Stände der Großschlächtere dieses billige Fleisch ab. Die Zentralstelle hat bei der Einführung dieses Volksrindfleisch auf die Erlassung besonderer Vorschriften, auf die Anwendung von Vorbeugungsmitteln und auf die Androhung von Strafen gegen Mißbrauch verzichtet, lediglich im Vertrauen darauf, daß der Gemeinfinn und die Selbstzucht der Wiener ausreichende Gewähr dafür biete, daß diese Wohlthat nur von jenen in Anspruch genommen werde, für die sie bestimmt war.

Anlässlich der am 9. Juli 1917 erfolgten Einführung von amtlichen Einkaufsscheinen zum Bezuge verschiedener nicht rationierter Lebens- und Bedarfsmitteln wurden diese für die Mindestbemittelten in grüner, blauer oder brauner Farbe, je nach der Höhe des monatlichen Einkommens der Bezugsberechtigten, ausgestellt. Zur ersten Gruppe zählen die Mindestbemittelten mit einem monatlichen Einkommen von nicht mehr als 40 K, zur zweiten Gruppe jene mit einem Einkommen von nicht mehr als 50 K und zur dritten Gruppe die Mindestbemittelten mit einem Einkommen von nicht mehr als 80 K monatlich. Für Kinder unter 14 Jahren wurde die Mindestgrenze des monatlichen Einkommens mit 25, 30 und 50 K festgesetzt.

In der ersten Gruppe kamen 33.721, in der zweiten Gruppe 37.603 und in der dritten Gruppe 88.356 amtliche Einkaufsscheine für zusammen 505.830 Personen, das ist für mehr als 25 Prozent der Gesamtbevölkerung Wiens zur Ausgabe.

Der Vergleich der Verbrauchsmengen in der Zeit vor Einführung der Einkaufsscheine, also in der kontrollosen Zeit, mit den Verbrauchsmengen seither hat den Beweis erbracht, daß die Zentralstelle sich nicht getäuscht hatte, als sie bei der Einführung des billigen Fleisches von besonderen Vorkehrungen gegen Mißbrauch Abstand nahm.

An Wohlfahrtsfleisch wurde abgegeben:

bis Ende Mai	1.400.000 kg
im Monate Juni	580.000 kg
zusammen daher	1.980.000 kg

Auch in der abgelaufenen Berichtszeit hat die Zentralstelle der

Schaffung von Arbeit und Verdienst

ihr besonderes Augenmerk zugewendet.

In den 23 Nähstuben der Frauenhilfs-Aktion im Kriege wurden im 1. Halbjahr 1917 angefertigt . . . 1,561.578 Stücke
von Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1916 . . . 13,557.814 „
insgesamt . . . **15,119.392 Stücke.**

Hievon im 1. Halbjahr 1917 764.965 Stücke
seit Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1916 . . . 12,700.814 „
für die k. u. k. Heeresverwaltung 13,465.779 Stücke
für Anstalten 121.504 + 502.521 624.025 „
für Private 675.109 + 354.479 1,029.588 „
zusammen . . . 15,119.392 Stücke.

Die Nähstuben erforderten bis zum 1. Juli 1917 einen Aufwand von 2,489.006 K 57 h, dem an Einnahmen der Betrag von 2,132.811 K 49 h gegenübersteht.

Die Frauen-Arbeits-Komitees.

Die Wiener Frauen, die nicht nur in der Auspeisung, den Kriegsküchen, den Nähstuben und in den Kinderhorten seit Kriegsbeginn ehrenamtlich in der opferwilligsten Weise tätig sind, haben auch in den Arbeits-Komitees der einzelnen Wiener Gemeindebezirke redlich und gewissenhaft soziale Arbeit geleistet. Dank ihrer unentbehrlichen Mitarbeit konnte der Grundsatz, an dem die Gemeinde Wien und die Zentralstelle seit Kriegsbeginn festhält, daß Kriegsfürsorge und Kriegshilfe mit Armenpflege und Armenunterstützung nichts gemein hat, sondern streng getrennt davon zu führen ist, aufrecht erhalten werden.

Die Zahl der freiwilligen Mitarbeiterinnen betrug im 1. Halbjahr 1917 durchschnittlich 317, den höchsten Stand weist der Monat Jänner mit 327 (davon 137 Recherchentinnen), den niedersten der Monat Juni mit 314 (davon 149 Recherchentinnen) auf.

24.414 Erhebungen wurden durchgeführt, 1267 Stellen vermittelt, Lebensmittelunterstützungen in 54.298 Fällen gewährt; 11.545 Fälle weist der Mutter- und Säuglingsschutz auf; durch Sammlungen und Veranstaltungen wurden 54 954 K 81 h aufgebracht.

Schuhversorgung.

An Mittellose wurden im Winter 1916/17 rund 95.000 Paar Stoffschuhe mit Holzsohlen unentgeltlich abgegeben, wofür rund 450.000 K an Auslagen erwuchsen.

Für Minderbemittelte stand ein Lager von

30.568 Paar Männerschuhen,
24.254 „ Frauenschuhen und
36.257 „ Kinderschuhen

zusammen **91.079** Paare zur Verfügung, wovon in den ersten sechs Monaten des Jahres 1917 22.074 Paare um den Betrag von 645.740 K abgesetzt wurden und 69.005 Paare auf Lager verblieben.

Vom 2. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 wurden abgesetzt:

12.795 Paar Männerschuhe,
12.455 „ Frauenschuhe
18.903 „ Kinderschuhe,

zusammen 44.153 Paar,
wofür 1,226.513 K 40 h eingenommen wurden.

Zur Schonung der Schuhe während der Sommermonate wurden 247.316 Paar Sandalen mit biegsamen Holzsohlen angekauft, wovon bis 30. Juni 1917 16.117 Paar abgesetzt waren und ein Erlös von 57.681 K 41 h erzielt wurde. Ende Juni wurden in den äußeren Bezirken X bis XIII und XV bis XX Filialen für den Sandalenverkauf eingerichtet.

Das

wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien,

dem auch in der abgelaufenen Periode Se. Excellenz v. Wittef und seine freiwilligen Mitarbeiter unentgeltlich ihre ganze Arbeitskraft widmeten, hat seine Tätigkeit mit unvermindertem Geschäftsumfange fortgesetzt.

Durch Sammlung und Veröffentlichung der Rechtsätze des k. k. Verwaltungsgerichtshofes in Unterhaltssachen und Zusammenstellung der für die Kriegsfürsorge erschienenen zahlreichen Normalien wurden wertvolle Behelfe für die Erleichterung des Hilfsdienstes geschaffen.

Der Parteienverkehr des Hilfsbureaus hat im Wochendurchschnitt des ersten Vierteljahres 1411, des zweiten Vierteljahres 1204 betragen. Die höchste Wochenfrequenz (11. bis 17. April) betrug 1747 Parteien, die höchste Tagesfrequenz mit 397 Personen fiel auf den 12. Mai.

Im ganzen haben im ersten Halbjahr 1917 im Hilfsbureau 34.004 Parteien und seit dessen Tätigkeitsbeginn (23. August 1914) 172.620 Parteien vorgesprochen. Zusätzlich der aus den Spitälern ergangenen 1105 Hilfsanrufe und der auf schriftlichem Wege eingelangten 1419 Hilfsansuchen erreichte der Geschäftsumfang der Kriegshilfsstelle in der Berichtsperiode die Anzahl von 37.528 und seit Tätigkeitsbeginn von 189.437 Geschäftsfällen.

Gleichwie in den vorausgegangenen Zeitabschnitten wurde die Rechtshilfe des Bureaus vornehmlich in Angelegenheiten des staatlichen Unterhaltsbeitrages und seine rechtsfreundliche Vermittlung in Wohnungs- und Mietzinsfragen in Anspruch genommen. Die Unterhaltssachen gestalteten sich infolge der wiederholten Änderungen der Normalvorschriften, insbesondere seit der ab 1. April d. J. wirksamen teilweisen Erhöhung der Unterhaltsbeiträge immer verwickelter. Die durch die Teuerung und den strengen Winter verschärfte Notlage der Familien der Eingerückten führte im Vereine mit der vielfach wahrnehmbaren wirtschaftlichen Bedrängnis der kleineren Hausbesitzer zu mannigfachen Erschwernissen in Bezug auf die abzuschließenden Miet-Vergleiche.

Es mußten daher Mietzinsbeihilfen aus Gemeindemitteln in höherem Ausmaße gewährt werden, sie erforderten einen Gesamtbetrag von 234.889 K. Seit Tätigkeitsbeginn wurden an solchen Mietzinsbeihilfen 740.000 K verausgabt.

Die hiedurch ermöglichte Befestigung des Beharrungsstandes im Kleinwohnungsweisen der Reichshauptstadt erhellt aus der Abnahme der Kündigungen von Monatswohnungen (im 1. Vierteljahr 1917 nur 11.297 gegen 14.082, im 2. Vierteljahr 1917 nur 12.022 gegen 13.230 im gleichen Vorjahrs-

viertel) sowie aus der andauernd ganz geringfügigen Zahl der Zwangsräumungen (im 1. Vierteljahr 1917 in ganz Wien 131 gegen 165, im 2. Vierteljahr 1917 122 gegen 150 im gleichen Viertel des Vorjahres).

Nebst den beiden angeführten Hauptgeschäftsgruppen wurde die teils beratende, teils anwaltschaftlich vertretende Betätigung der Hilfsstelle in zunehmendem Umfange in den verschiedenartigsten sonstigen Privatangelegenheiten der Eingerückten angerufen. Dabei handelte es sich um die Einziehung ausständiger Forderungen, um familien- und erbrechtliche Ansprüche, um Heimatzuständigkeit und Staatsbürgerschaft, um die Anwendung des Handlungsgehilfengesetzes und des Güterbeamtengesetzes, um versicherungs- und steuerrechtliche Fragen. In vielen dieser Angelegenheiten war bei der mangelhaften Rechtskenntnis der Parteien die Einleitung von Erhebungen und die persönliche Rücksprache der Funktionäre des Hilfsbureaus bei den zuständigen Behörden und Organen unerlässlich, wodurch neben der Bureauarbeit und den gerichtlichen Vertretungen eine bedeutende Belastung sowohl für die Referenten als auch für die Geschäftsleitung erwuchs. Nicht minder stellte die zeitweilige Verhinderung einzelner Funktionäre durch Krankheit, Geschäftsüberbürdung oder veränderte Berufstätigkeit an die unausgesetzt im Dienste stehenden Arbeitskräfte erhöhte Anforderungen, denen nur mit Anspannung aller Kräfte genügt werden konnte.

Die Ständigkeit der

Wohnungsverhältnisse

in der Berichtszeit hat auch teils durch die weitere Anwendung bereits früher ergriffener Maßregeln, teils durch neue Vorkehrungen angehalten.

Von den Letzteren ist insbesondere die

Mieterschutz-Verordnung

hervorzuheben, welche sowohl die Mietzinssteigerung als auch die Kündigung von Wohnungen nur innerhalb gewisser Grenzen zuläßt. Für die Gemeindeverwaltung ergab sich hieraus eine neue Arbeitslast, indem die Errichtung von Mietämtern in allen 21 Bezirken mit erheblichem Kostenaufwande notwendig wurde. Die Tätigkeit dieser dem Wohnungsamte der Stadt Wien angegliederten Ämter hat tatsächlich die in anderen Städten in letzter Zeit eingetretenen sehr erheblichen Mietzinssteigerungen verhindert, wenn auch um den Preis einer neuerlichen und empfindlichen Belastung der Hausbesitzer.

Die

Kriegerheimstättenbewegung

ist bis auf jenen Punkt gefördert worden, der bei der gegenwärtigen Unmöglichkeit, Bauarbeiten durchzuführen, überhaupt erreichbar ist. Das Zusammenwirken von Staat, Land und Gemeinde auf diesem Gebiete ist durch die von allen beteiligten Faktoren genehmigten Satzungen des Wiener Kriegerheimstätten-

fonds geregelt und auch die mit 5.000.000 K veranschlagten Kosten der ersten Siedelung sind gesichert. Für weitere Siedelungen sind erhebliche Zuwendungen an Grundstücken und Geldern erfolgt.

Besondere Aufmerksamkeit erheischt die Wohnungsfürsorge für die Zeit nach dem Kriege und als Vorarbeit hierfür ist eine

Wohnungszählung

nach dem Stande vom 12. April 1917 durchgeführt worden. Die Aufarbeitung der Ergebnisse ist noch nicht abgeschlossen, doch ist schon jetzt sicher, daß auch nach dieser Zählung eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Stande der letzten Zählung — Mai 1914 — nicht erfolgt ist.

Noch wichtiger als die Erfassung eines augenblicklichen Standes ist die Beobachtung der Weiterentwicklung; diesem Zwecke dient vornehmlich der

unentgeltliche obligatorische Wohnungsnachweis,

der anschließend an die Wohnungszählung mit einer dem Wohnungsamte angeschlossenen Zentrale und mit Filialen in den äußeren Bezirken eingerichtet worden ist. Er wird auch dazu beitragen, das Anbot und die Nachfrage besser, als dies bisher möglich war, in Verbindung zu bringen.

Die schon bald nach dem Kriegsausbruche begonnene

unentgeltliche Einlagerung von Möbel- und Werkstätteneinrichtungen

wurde fortgesetzt. Die unerwartet große wirtschaftliche Widerstandskraft der Stadt zeigt sich nicht nur in der mäßigen Beanspruchung — seit Beginn in 550 Fällen —, sondern auch in der Tatsache, daß trotz der Fortdauer des Krieges in steigendem Maße wegen Wiederaufnahme des Betriebes, Wiedereinrichtung des Haushaltes u. s. w. die eingelagerten Gegenstände zurückgenommen werden (bisher in 88 Fällen).

Gleich wie im Vorjahre war es auch der

städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und ihre Angehörigen sowie für Hinterbliebene von verstorbenen Kriegern

möglich, in einer Reihe von Fällen prinzipieller Bedeutung Erfolge zu erreichen. Die stets steigende Zahl der ihre Dienste in Anspruch nehmenden Parteien zeigt, daß die Beratungsstelle einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht.

Vom Tage des Beginnes ihrer Wirksamkeit (26. Oktober 1915) bis 30. Juni 1917 wurden ihre Dienste von 11.105 Parteien in Anspruch genommen. In 5588 Fällen konnte

den Wünschen der Parteien durch mündliche Auskünfte entsprochen werden, während in 5517 Fällen ein Schriftverkehr notwendig wurde.

Immer zahlreicher werden die Gesuche, in denen von auswärts die Hilfe der Beratungsstelle angerufen wird. Die hierdurch angeregten Amtshandlungen kommen in obiger Statistik, die nur bei der Beratungsstelle persönlich erschienene Parteien erfasst, nicht zum Ausdruck. Wohl aber drücken sie sich aus in der bedeutenden Steigerung der Protokollziffern, die im Jahre 1915 463, im Jahre 1916 4233 und im ersten Halbjahre 1917 3600 betragen.

Von größter Bedeutung für die Entwicklung der städtischen Jugendfürsorge ist der Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 27. April 1917; durch ihn wurde das

städtische Jugendamt

seinem inneren Wesen und zukünftigen Wirken nach vollständig ausgebaut.

Die berufsvormundschaftliche Tätigkeit wurde auf sämtliche Bezirke Wiens ausgedehnt; außer den bereits bestehenden zwei Fürsorgestellen werden noch zehn errichtet.

Der Geschäftsplan des Jugendamtes umfaßt ferner die Ausgestaltung der Säuglingsfürsorge, insbesondere durch Gewährung von Wochen- und Stillbehilfen, für welche im Budget ein jährlicher Betrag von 1 Million Kronen vorgesehen ist, den Ausbau der Kleinkinderfürsorge, der städtischen Kindergärten zu Volkskindergärten, der Jugendfürsorge für die schulpflichtige und schulentlassene Jugend, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Schul- oder Armenbehörde oder der Lehrlingsfürsorge-Kommission des Fortbildungsschulrates fällt, endlich den Ausbau des Spielbetriebes auf den bereits bestehenden und zu schaffenden Spielplätzen und Spielwiesen.

Zur Durchführung aller dieser Fürsorgemaßnahmen wurde ein jährlicher Betrag von 3 Millionen Kronen bewilligt.

In diesem Jahre wurde ferner die erste städtische Spielwiese im Maria Josefa-Park eröffnet. Im Mai wurde mit dem Spielbetriebe begonnen. Der Besuch war ein außerordentlich erfreulicher, über 5000 Kinder im Monat. Der Spielbetrieb wird abwechselnd auf drei Wiesen derart durchgeführt, daß jede der Wiesen je eine Woche benützt wird, während die übrigen ruhen. Dies ist notwendig, damit sich die Grasflächen erholen. Zur Schonung des Grasses und zur Freude der Jugend darf die Wiese nur barfuß benützt werden, eine Maßnahme, die außerdem einen gesundheitlichen Wert besitzt. Ein weiterer Fortschritt besteht darin, daß die Turnstunden in den benachbarten Schulen des III. Bezirkes nunmehr aus dem staubigen Turnsaal auf die Spielwiese verlegt werden. Trotz der starken Benützung und trotz der unausgesetzten Besonnung in diesem Jahre, welche durch Besprengung nur zum Teil ausgeglichen werden konnte, sind die Grasflächen gut erhalten.

Der Betrieb der Tageserholungsstätte auf dem Laaerberg wurde anfangs Mai 1917 aufgenommen; täglich tummeln auf den grünen Flächen über 300 Kinder von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends in frischer Luft, für deren ausreichende Verköstigung ist

bestens gesorgt. Sie werden von zehn Fürsorgerinnen beaufsichtigt. Die Betriebskosten dieser Erholungsstätte, auf welcher die Kinder alle sechs Wochen gewechselt werden, belaufen sich auf 48.000 K für die ganze Sommerzeit.

Eine besondere Bedeutung kommt den Aktionen der Entsendung erholungsbedürftiger Kinder aufs Land und in das Ausland zu. Durch die 150.000 K-Spende der Gemeinde Wien an den Verein „Wiener Kinder aufs Land“ wurde dieser in den Stand gesetzt, im Jahre 1917 mehr als 6000 Kinder in verschiedenen Orten in Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Böhmen und Mähren unterzubringen.

Über Anregung der Frau Oberst v. Einem von der k. u. k. österr. Gesandtschaft in Bern wurden am 30. Mai 1917 250 und am 11. Juli 300 Wiener Kinder nach Einsiedeln in der Schweiz entsendet und am 19. Juni 1917 125 an Tuberkulose leidende Kinder in Unter-Yberg (Schweiz) untergebracht. Die Durchführung der schwierigen Organisationsarbeiten letzterer Expedition hat das städtische Jugendamt geleistet, das auch 6 Fürsorgerinnen und 5 Kindergärtnerinnen als Begleit- und Aufsichtspersonale beigestellt. Der Chefarzt dieses Amtes begleitete die Kinder und traf die nötigen Anordnungen für deren zehnwöchentlichen Aufenthalt.

Weiters kamen am 22. November 1916 282 Wiener Kinder zu einer zweimonatlichen Erholung nach Holland und am 28. Juni je 30 Kinder nach Deutschan und Bodolin in Ungarn und 45 Kinder nach Tschnowitz in Mähren zu einem vierwöchentlichen Aufenthalte. Die Entsendung weiterer Gruppen in diese Ferienkolonie ist im Zuge.

Sämtliche Kinder haben trotz der langen Fahrt ohne irgend welchen nachteiligen Einfluß auf ihren ohnehin geschwächten Körperzustand ihr Reiseziel erreicht und bei den von ihren Erholungsorten bereits zurückgekehrten Gruppen von Kindern konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß sie sich gut erholt hatten.

Auf dem Gebiete der armenrechtlichen Kinderfürsorge kamen bereits die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 11. Juli 1916 festgelegten, auf die Ausgestaltung der Familienpflege abzielenden Grundsätze zur Anwendung.

Pflegebeiträge bis zu 40 K monatlich wurden den Kindeseltern für Säuglinge, dann für Kinder bis zum 14. Lebensjahre, insofern sie keinen Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag besaßen und schließlich für 14- bis 18jährige Kinder zur Erleichterung der beruflichen Ausbildung gewährt.

Die Gesamtsumme der bis zum Ende des dritten Kriegsjahres ausbezahlten Säuglingsunterstützungen betrug rund 300.000 K.

In die vollständige Fürsorge der Gemeinde wurden im ersten Halbjahre 2809 Kinder gegen 2283 im gleichen Zeitraume des Vorjahres übernommen. Darunter befanden sich ungefähr 600 Kinder von Fingerrückten. Insgesamt wurde seit Kriegsbeginn rund 1900 Kindern von Fingerrückten die vollständige Fürsorge der Gemeinde zuteil.

In Fortsetzung der Wohlfahrtspflege für arme Kinder sind im Juni 1917 300 Mädchen in die Kindererholungsstätte „Am Gänsehäufel“ entsendet worden; 300 Knaben werden nachfolgen.

Auch heuer wurde eine größere Anzahl Kinder in Ferienkolonien gebracht.

Schließlich sei erwähnt, daß im ersten Halbjahr 1917 bereits das zweite Drittel der Versicherungspolizzen, welche die Gemeinde zur Versicherung von 300 Kindern gefallener Wiener gewidmet hat, ausgeschrieben wurden.

Da die Schwierigkeiten bei Beschaffung der Arbeitskräfte und der Baustoffe seit meinem letzten Berichte noch zugenommen haben, war die Ausführung von

öffentlichen Bauarbeiten

natürlich bedeutend erschwert. Trotzdem weisen sowohl der im Vorjahre begonnene Bau des neuen Kontumazmarktes und des Seuchenhofes, als auch der heuer in Angriff genommene Bau des Verwaltungsgebäudes beim Kühlagerhause entsprechende Fortschritte auf. Der durch längere Zeit eingestellte Bau der Aspernbrücke konnte zu Beginn dieses Jahres wieder fortgesetzt werden. Derzeit sind schon die eisernen Tragwerke über den Seitenöffnungen nahezu fertiggestellt, das Tragwerk über der Mittelöffnung ist in Aufstellung begriffen.

Es gelang auch trotz vieler Hemmnisse, die Einwölbung des Altmannsdorfer Grabens zu vollenden und dadurch die gesundheitlichen Übelstände zu beseitigen, die das frühere, offene Gerinne verursacht hat. Auch an dem Bau des II. Sammelkanales im XXI. Bezirke und an der Fortsetzung des Baues des Alsbachentlastungskanales, nach dessen Fertigstellung die Überflutungen in Sichtental bei Wolkenbrüchen endlich aufhören werden, wird, soweit es die erschwerten Verhältnisse ermöglichen, wegen der besonderen Dringlichkeit dieser Bauführungen weiter gearbeitet.

Der seit Kriegsbeginn für Hochbauten, dann für den Bau von Straßen, Brücken, Kanälen und Wasserleitungen verausgabte Betrag hat sich auf rund 32.000.000 K, der für Investitionen bei den Gaswerken, Elektrizitätswerken und Straßenbahnen auf rund 32.400.000 K erhöht.

Ein besonderes Augenmerk richte ich darauf, daß mit wichtigen, wegen des Krieges bisher zurückgestellten Bauten gleich nach Eintritt geordneter Verhältnisse begonnen werden kann. Für eine große Zahl solcher Bauten sind auch die Vorarbeiten vollendet, insbesondere sind in dieser Richtung die Entwürfe für die Kaiser Karl-Kriegerheimstätte in Aspern, die 719 dreiräumige Wohnungen umfassen wird, hervorzuheben. Durch solche Bauführungen soll nach Kriegsende den verschiedenen Baugewerben Gelegenheit zu reichlicher Beschäftigung gegeben werden.

Der dritte Kriegswinter, der mit seltener Hartnäckigkeit fast nie erreichte Tiefemperaturen brachte, hat die Aufgaben der Gemeinde auf dem Gebiete

der Nahrungsmittel-Versorgung

ungeheuer gesteigert und erschwert.

Der Aus Hungerungsplan unserer Feinde unterband schließlich jede Bezugsmöglichkeit aus dem neutralen Auslande, während die inländische Erzeugung den gesteigerten Anforderungen nicht mehr zu genügen vermochte.

Unter diesen Umständen konnte auch die staatliche Bewirtschaftung einer Reihe von Lebensmitteln, welche die freie Ankaufstätigkeit der Gemeindeverwaltung ausschloß, nicht ihr Ziel erreichen. Der Gemeindeverwaltung blieb daher nicht nur die Organisation des Verkehrs mit Lebensmitteln und deren Verteilung, sondern es erwuchs ihr vielmehr die undankbare Aufgabe, in Fällen, wo die staatliche Bewirtschaftung nicht den entsprechenden Erfolg hatte, Rat zu schaffen und helfend einzugreifen. Daß dies nicht immer gelang, liegt in den Verhältnissen tief begründet. Mit allen Kräften aber jeglichem Notstande zu steuern, war die Gemeinde unablässig bestrebt.

Getreide und Mehl.

Die ungünstige Ernte 1916 übte naturgemäß ihre Rückwirkung auf die Mehilverorgung im ersten Halbjahre 1917 aus. Durch strenge Sparsamkeit im Verbräuche und durch Heranziehung aller aufbringbaren Getreidemengen gelang es, bis Ende Februar zwar unter erheblichen Schwierigkeiten, aber immerhin glatt durchzukommen.

Anfangs März setzten die ersten Anlieferungen von rumänischem Getreide ein, welche über Erwarten ausreichend und regelmäßig fortgesetzt werden konnten, so daß die Schwierigkeiten bis zur Einbringung der neuen Ernte restlos behoben wurden.

Die für das rasche Ausreifen der Brotfrüchte verhältnismäßig günstige Witterung gestattete einen früheren Schnittbeginn und es konnten schon in den letzten Juni-Wochen die ersten inländischen Getreidemengen zur Vermahlung gebracht werden.

In der Berichtsperiode hat die Gemeinde Wien im Anschlusse an die mit bestem Erfolge durchgeführte Mehltrayonierung auch den Brotbezug geregelt. Während jedoch für die Regelung des Mehlsbezuges das System der Zwangszuteilung der Kunden an eine bestimmte Verschleißstelle mit Rücksicht auf den Wohnort gewählt wurde, ist die Brottrayonierung auf der Grundlage der freien Wahl des Verkäufers durch den Konsumenten durchgeführt worden. Seit 24. Februar wirkt auch diese Einrichtung in vortrefflicher Weise und entspricht in jeder Hinsicht den gehegten Erwartungen. Die Versorgung der Kundschaft vollzieht sich seitdem in der gesetzlich gewährleisteten Verbrauchsmenge, welche eine Kürzung nicht erfahren hat.

Die Gemeinde Wien besorgt seit nunmehr zweieinhalb Jahren die Abgabe von Mehl für die Brot-Erzeugung und für Kochzwecke und es wurden insgesamt bis 30. Juni 1917 durch die Gemeinde abgegeben: 21.220 Waggons Mehl zur Broterzeugung und für Verschleißzwecke; hievon entfallen rund 16.800 Waggons auf Edelmehle und 4400 Waggons auf Ersatzmehl.

Zur Herstellung dieser Mehlmenge bedarf es unter Zugrundelegung einer 80 prozentigen Ausmahlung einer Getreidemenge von rund 26.500 Waggons.

Die unzureichenden Getreideanlieferungen bei steigendem Mehlbedarfe erforderten eine prompte Herstellung der Mahlprodukte. In dieser Richtung hat die von der Gemeinde Wien erworbene **Erste Wiener Walzmühle Bonwiler & Komp. Aktiengesellschaft** überaus verdienstvoll mitgewirkt. Die bedeutende Leistungsfähigkeit des Mühlenbetriebes, die Anlagen für die selbsttätige Entladung und Verladung, sowie auch die im Kriege zum Teile erneuerte Mähleneinrichtung ermöglichten es, nicht nur den vollen Brotmehlbedarf für die Kleinbäcker Wiens, sondern auch für den größten Teil der Fabriksbetriebe zu decken. Aus der Ernte 1916 hat die Erste Wiener Walzmühle Bonwiler & Komp. Aktiengesellschaft 7200 Waggons Getreide vermahlen und die Mahlprodukte der Gemeinde, beziehungsweise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zur Verfügung gestellt.

Bohnen, Erbsen und Reis.

Der frühzeitige Mangel an Kartoffeln hatte selbstverständlich eine große Nachfrage nach Hülsenfrüchten zur Folge. Der Gemeinde Wien standen — abgesehen von geringfügigen Zuweisungen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt — nur mehr verhältnismäßig geringe Vorräte aus den Jahren 1914 und 1915 zur Verfügung, da aus der Ernte 1916 für den Zivilbedarf Hülsenfrüchte überhaupt nicht abgegeben wurden. Die Gemeinde mußte daher sparsam wirtschaften und in erster Linie die öffentliche Auspeisung, die Kriegsküchen und die eigenen Anstalten mit Hülsenfrüchten zu versorgen trachten.

Fallweise kamen auch ziemlich bedeutende Mengen von Hirsebrein, Kollgerste und Haferreis als Kartoffelersatz zur Abgabe.

Reis ist aus dem Handel so gut wie verschwunden. Die Vorräte der Gemeinde werden mit Rücksicht auf die unter den gegebenen Verhältnissen bestehende Aussichtslosigkeit von neuen Erwerbungen gestreckt und es wird Reis nur an Spitäler und an andere humanitäre Anstalten, insbesondere in der Kranken- und Säuglingspflege, abgegeben.

Zucker.

Die Versorgung Wiens mit Raffinadezucker ist ohne Hemmungen vor sich gegangen. Diese Erscheinung ist auf die Vorsorgetätigkeit der Gemeinde Wien zurückzuführen, welche im Jahre 1916 bei den maßgebenden Stellen die Erwerbung einer eisernen Reserve von rund 300 Waggons durchzusetzen vermochte. Diese Reserve, welche, in Fällen von Zuckerknappheit zur Bedarfsdeckung herangezogen, sofort aber wieder aufgefüllt wurde, ermöglichte es der Gemeindeverwaltung, über Anforderung der Zucker-Zentrale jederzeit die erforderliche Menge zur Verfügung zu stellen.

Die Gemeindeverwaltung hat überdies im Einvernehmen mit der Zucker-Zentrale zur Stabilisierung des eisernen Vorrates und Entlastung des Großhandels die Übernahme der von der

Zucker-Zentrale für den Wiener Konsum bestimmten Zuckermengen durchgeführt, lagert den Zucker ein, besorgt die kaufmännische Abwicklung des Verkehrs mit den Fabriken und trägt alle hiemit verbundenen Gefahren, um der Zucker-Zentrale die Verfügung über die für den Wiener Konsum bestimmten Zuckermengen zu erleichtern.

Behufs Bewirkung einer klaglosen gerechten Verteilung des Zuckers wurde mit 1. Jänner 1917 eine Zuckerverteilungsstelle (Z. V. S.) der Zucker-Zentrale eingerichtet, welche die Verteilung des Zuckers an die Kleinverkäufer nach Maßgabe der eingeschriebenen Rundschaft und die Überprüfung der abgegebenen Zuckerartenabschnitte, beide Einrichtungen unter der Aufsicht des Magistrates, besorgt.

Die Gemeindeverwaltung hat ab 1. Jänner 1917 an den Wiener Konsum rund 340 Waggons Zucker zur Verfügung gestellt, so daß die im Jahre 1914 begonnene Aktion der Gemeinde zur Sicherung des Zuckerbedarfes einen Umsatz von 1957,5 Waggons erreicht hat.

Kaffee, Milchconserven.

Im März 1917 hat das I. I. Amt für Volksernährung die weitere Abgabe von Bohnenkaffee in Wien aus den staatlichen Vorräten eingestellt und verfügt, daß die bereits wesentlich zusammengeschmolzenen Vorräte durch Erzeugung und obligatorische Einführung einer Kaffeemischung, welche nur zirka 10 Prozent Bohnenkaffee enthalten soll, zu strecken ist. Dieser Ersatzkaffee ist bis Ende Juni nicht in den Konsum gebracht worden.

Die Gemeinde Wien, welche bekanntlich seit Kriegsbeginn darauf bedacht war, sich einen größeren Vorrat an Bohnenkaffee zu verschaffen, setzte es nach Verhandlungen mit dem Ernährungsamte durch, daß sie ermächtigt wurde, aus ihren Vorräten an die Wiener Bevölkerung für die Monate April, Mai und Juni zusammen 5310 Ballen zu 60 kg, das sind zirka 32 Waggons Bohnenkaffee abzugeben und auch der Genossenschaft der Kaffeefieder und der Kaffeeshenker je einen Waggon zu überlassen, um auf diese Weise der Wiener Bevölkerung über die vom Ernährungsamte versügte kaffeelose Zeit hinwegzuhelfen, anderseits den Gewerbetreibenden die Aufrechterhaltung ihres Betriebes bis zur Verteilung der vorgeschriebenen Kaffeemischung zu ermöglichen.

Weiters gelang es der Gemeinde, zirka 3700 Kisten sterilisierte Vollmilch von der Österreichischen Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zu erwerben und im Hinblick auf die andauernde Milchknappheit sofort in den Konsum überzuleiten. Auch 500 Kisten Kondens-Magenmilch konnten erworben und an die Zentralstelle der Fürsorge für Kochzwecke abgegeben werden. Schließlich hat die Gemeinde aus ihren eigenen Vorräten an Milchconserven den Bedarf der eigenen Anstalten, Spitäler u. für sechs Monate decken können.

Rühe.

Die seit Anfang 1916 auf Gut Sachsendang mit zirka 500 Milchkühen und 7 Stieren betriebene Milchwirtschaft und

Zucht hat zwar wie alle derartigen Betriebe seit längerer Zeit mit Futterfragen zu kämpfen, welche aber bisher den erfolgreichen Verlauf dieser Approvisionierungsaktion nicht zu beeinträchtigen vermochten.

Die auf Sachsendang gleichzeitig mit der Milchwirtschaft betriebene Zucht zeigt ebenfalls recht erfreuliche Erfolge. Es werden bereits 150 aus dem erstklassigen, auf Sachsendang stehenden Material gewonnene Kälber aufgezogen. Zu diesem Zwecke hat die Gemeinde den Gutsbesitz „Weißer Hof“ bei Kriehendorf gepachtet, wo die Tiere im Weidebetriebe aufs Beste gedeihen.

In letzter Zeit hat die Gemeinde zwei weitere großzügige Aktionen unternommen, welche den Zweck haben, der bereits bestehenden und im verstärkten Maße noch zu erwartenden Milch- und Fettknappheit nach Möglichkeit zu steuern. Es werden auf mehreren Meierhöfen der Gutsverwaltung Bernhofen an der niederösterreichisch-mährischen Grenze eine Anzahl von vorläufig 400 von der Gemeinde angeschafften Milchkühen eingestellt, deren Milchtrug täglich nach Wien kommt. Ebendort werden auch vorläufig mindestens 500 Jungschweine zur Aufzucht und Mast eingestellt. Die für diese beiden Unternehmungen erforderlichen Tiere werden jetzt angekauft und ist der volle Betrieb im Herbst zu gewärtigen.

Überdies hat die Gemeinde ihre wiederholt erfolgreichen Aktionen zur Beschaffung von Melkvieh aus dem neutralen Auslande, beziehungsweise aus den Alpenländern für den Bedarf der Wiener Milchmeier fortgesetzt. Es schweben derzeit Verhandlungen wegen Einfuhr von Milchvieh aus Holland sowie aus Tirol, Vorarlberg und der Schweiz. Mit Rücksicht auf die zu befürchtende Knappheit an Futtermitteln in den Bezugsgebieten ist zu gewärtigen, daß der Einkauf von Melkvieh im Herbst des laufenden Jahres in größerem Umfange durchgeführt werden kann.

Solange die Aufbringung der Futtermittel, insbesondere von Heu, im freien Verkehre der Gemeinde möglich war, hat es an Bemühungen nicht gefehlt, nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern auch die notleidenden Milchwirtschaften des Wiener Gemeindegebietes zu unterstützen. Im Rahmen dieser großangelegten Aufbringungsaktion von Heu hat die Gemeinde im ersten Halbjahre 1917 35.000 q Heu inländischer Herkunft nach Wien gebracht und der Verwendung zugeführt.

So hat die Gemeinde zwecks Aufrechterhaltung fast aller Betriebe der Wiener Milchmeier wirksam eingegriffen.

Außerdem hat die Gemeinde für den Bedarf der eigenen Milchwirtschaft die erforderlichen Kraftfuttermittel als Ölkuchen, Melasse, getrocknete Rübenschnitte, Futterrübe, Kleie, und zwar insgesamt zirka 400 Waggons aufgebracht.

Fleisch und Fett.

Die bereits um die Jahreswende 1916/17 recht kritisch gewordene Lage auf dem Fett- und Fleischmarkte hat sich seither wesentlich verschärft. Ohne Opfer an Kosten zu scheuen, hat die

Gemeinde die im Frühsommer 1916 begonnene Fleisch- und Fettaktion auch im ersten Halbjahr 1917 fortgesetzt.

Das von der Gemeinde angeschaffte Gefrierfleisch dänischer Herkunft wurde dem Kühlagerhause entnommen und an den Konsum abgegeben. Insgesamt wurden 5300 q = 53 Waggons zum Einheitspreise von 6 K 40 h im Wege der Ersten Wiener Großschlächtereier und durch die Fleischhauergenossenschaft abgesetzt.

Weiters hat die Gemeindeverwaltung nach Erschöpfung der alten Gefrierfleischbestände sofort 1532 Rinder aus Ungarn und 1058 aus dem Auslande mit einem Kostenaufwande von 6.6 Millionen Kronen bezogen, um dem im Frühjahr 1917 besonders fühlbaren Fleischmangel steuern zu können.

Mit Bewilligung des Armees-Ober-Kommandos wurden von der Gemeinde rund 1400 Kälber aus Russisch-Polen bezogen.

Außerdem stellten das Armees-Ober-Kommando, beziehungsweise das Ernährungsamt der Gemeinde aus Russisch-Polen 620 Schweine und zirka 4 Waggons Rauchfleisch zur Verfügung; diese Waren wurden in der Großmarkthalle im Kleinausschnitte bis zu 1/2 kg zum Höchstpreise an die Verbraucher abgegeben.

Weitere Bemühungen der Gemeinde, aus Russisch-Polen Fleischwaren zu erhalten, begegneten großen Widerständen, weil bekanntlich die Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft das ausschließliche Einkaufsmonopol in den besetzten Gebieten inne hat.

Die Aufbringung von Fett im Inlande war mit Rücksicht auf die durch die Höchstpreis-Verordnung geschaffene Lage unmöglich. Auch der Verkehr mit Ungarn wickelte sich nur unter erheblichen Schwierigkeiten ab, da bekanntlich die Einfuhr von Schweinen, Fett und Speck aus Ungarn kontingentiert ist und die Erzeuger zur Abgabe unter Einhaltung der Höchstpreise wenig geneigt waren.

Nach den Absichten des Ernährungsamtes sollte die Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft allein berechtigt sein, lebende Ware, insbesondere Fettschweine, aus Ungarn zum Höchstpreise einzuführen. Neben dieser lebenden Ware sollte Schweinefleisch, Fett, Speck etc. im kontingentierten Ausmaße auf Grund von Transportscheinen, die ursprünglich das Handelsministerium, später das Ministerium des Innern, beziehungsweise das Ernährungsamt zur Ausgabe brachte, bezogen werden. Da aber diese Aktion an dem Widerstreben der ungarischen Viehmäster- und -Händler scheiterte, sah sich das Ernährungsamt veranlaßt, die Ausstellung der Transportscheine für tote Ware, Speck und Fett der Gemeinde Wien zu übertragen. Die Gemeindeverwaltung hat sohin einen Teil der Transportscheine den Fleischhauern und Fleischelchern, einzelnen Anstalten etc. überlassen, einen Teil aber für sich in Anspruch genommen.

Auf diesem Wege und durch sonstige Ankäufe hat die Gemeinde rund 63.5 Waggons Schweinefleisch, Fett und Schmalz im Werte von 7,900.000 K bezogen.

Die Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft hat im ersten Halbjahre 1917 der Gemeinde 18.8 Waggons Speck und Salz-

bacon zur Verfügung gestellt. Weiters hat dieselbe Stelle 15.5 Waggons an ausländischer Margarine und 12 Waggons an Kriegsmargarine, über welche Produkte die Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft, beziehungsweise die Öl- und Fett-Zentrale das ausschließliche Einkaufs- und Verfügungsrecht haben, an die Gemeinde abgegeben.

Fett kam an fleischlosen Tagen auf 70 Ständen der Ersten Wiener Großschlächtereier sowie täglich in der Großmarkthalle zur Vermarktung. Der Bezug wurde in letzterer Zeit in der Großmarkthalle rationiert und an die Vorweisung der Mehlbezugskarte gebunden.

Der bisherige Umsatz der Gemeinde an Schweineprodukten hat 350 Waggons überschritten.

Eierversorgung.

Über Veranlassung der Gemeinde wurden während der eierarmen Zeit im Jänner über 2,000.000 konservierte Eier im Wege der Molkereien abgegeben.

Auf Grund einer von der Regierung mit der Gemeinde getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Eierausfuhr aus Ungarn erhält die Stadt monatlich 40 Waggons zugewiesen. Diese Eier wurden drei Händlergruppen zum Verkauf unter Überwachung des Marktamtes überlassen. Im ersten Halbjahre wurden 12.443 Kisten ungarischer Eier dem Verbräuche zugeführt.

Von der galizischen Eier- und Geflügelverwertungs-Gesellschaft (Ovom) wurden im gleichen Zeitraum durch drei andere Händlergruppen 20.867 Kisten galizische Eier nach Wien gebracht.

Aus Russisch-Polen bezog die Gemeinde durch ihren eigenen Einkäufer bis Ende Juni aus drei Kreisen 16,626.240 Stück mit einem Verkaufswert von 3.8 Millionen Kronen. Sehr gering waren die Eieranlieferungen aus Ober-Österreich, die im Ganzen nur 426 Kisten betragen.

Auch behufs Sicherstellung des Eierbedarfes für die kommenden Wintermonate hat die Gemeinde trotz großer Schwierigkeiten im Rahmen der Möglichkeit vorgesorgt, indem mit einer Anzahl von Eierhändlern Verträge zur Einkaltung abgeschlossen wurden.

Kartoffelversorgung.

Die Beschaffung von Kartoffeln konnte für die Versorgungszeit 1916/17 nur mehr im Wege der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt durchgeführt werden.

Vom 1. Jänner 1917 bis 30. Juni 1917 wurden von dieser Anstalt 2265 Bahnwagen geliefert im Werte von rund 2,115.000 K.

Der Wert der seit Kriegsbeginn von der Gemeinde Wien gekauften Kartoffeln beziffert sich mit rund 23 Millionen Kronen.

In der Kartoffeltrocknungsanlage wurden bisher 48 Bahnwagen Trockenerzeugnisse (Kartoffeln, Flocken und Grieß) im ungefähren Werte von 445.000 K hergestellt.

Zur Versorgung der Wiener Bevölkerung im kommenden Winter wurden Anbauverträge über Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Stoppelrüben abgeschlossen. Die durch diese Verträge gebundene Anbaufläche beträgt bei Kartoffeln 955 Hektar, bei Hülsenfrüchten 106 Hektar und bei Stoppelrüben 360 Hektar. Anbau- und Lieferungsverträge über Kartoffeln und Stoppelrüben werden noch weiter geschlossen und es geben daher die angeführten Zahlen noch keine Abschlußziffern.

Die voraussichtliche Ernte bei diesen Vertragsgrundflächen wird bei Kartoffeln 1200 bis 1500 Waggons, bei Hülsenfrüchten 8 Waggons und bei Stoppelrüben 5000 Waggons betragen.

Außerdem befindet sich der Abschluß von Kartoffellieferungsverträgen in Galizien in vollem Gange; die dort bisher geschlossene Menge von Kartoffelladungen zu 10.000 kg beläuft sich auf rund 1500 Waggons.

Gemüse.

Infolge des Mangels an anderen Lebensmitteln kam dem Sauerkraut in der allgemeinen Ernährung eine erhöhte Bedeutung zu; die Gemeinde hat daher schon im Herbst 1916 große Lieferungen sichergestellt.

Mit der Abgabe wurde im Februar 1917 begonnen, bis 30. Juni wurden insgesamt 235 Bahnwagen mit einem Gesamtwerte von 2.460.000 abgegeben.

Als Ersatz in Zeiten der Kartoffelknappheit mußten Rüben verschiedener Art, insbesondere die von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu Verfügung gestellten Wruken (Dorschen, deutsche Kohlrüben) herangezogen werden. Außerdem kamen Zuckerrüben, holländische Steckrüben und Burgunder zur Abgabe. Insgesamt wurden 1142 Bahnwagen Rüben mit einem Werte von rund 2.350.000 K abgesetzt.

Als auch die Ablieferungen von Rüben aufhörten, mußte auf Trockengemüse gegriffen werden, von dem 250.000 kg im Werte von 1.225.000 K zum Verkaufe gelangte.

Behufs Versorgung der Stadt mit Frühgemüse wurde ein Lieferungsvertrag mit der „Agricola“ (Warenabteilung des deutschen Bauernbundes in Ungarn) abgeschlossen. Die „Agricola“ hat bis 30. Juni 1917 insgesamt 60 Bahnwagen zu 5000 kg Frühgemüse mit einem Wert von rund 675.000 K geliefert.

Die Sicherstellung möglichst großer Mengen von Sauerkraut für den Winter 1917/18 wurde schon sehr frühzeitig in Angriff genommen; bisher sind Lohnverträge auf Erzeugung von 700 Waggons abgeschlossen.

Anbau.

Wie in den Vorjahren wurden auch im laufenden Jahre nicht unbeträchtliche Flächen mit Kartoffeln, Gemüse, Getreide und verschiedenen Futterpflanzen im Eigenbetriebe und durch städtische Anstalten bebaut und zwar 804.880 m² mit Kartoffeln, 177.440 m² mit Gemüse und 703.000 m² mit Getreide. Der Mangel

an Saatkartoffeln und an Arbeitskräften waren die Ursache, daß nicht ein größeres Flächenmaß dem Anbau auf eigene Rechnung gewidmet werden konnte. Der für den Eigenbau nicht verwendete Grund wurde zum größten Teil an Kriegsgemüsegärtner vergeben, die infolge der guten Düngung des Bodens die denkbar besten Erfolge erzielten.

Auch sonst war die Gemeinde, um einerseits die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten zu stützen und andererseits den Gemüseanbau zu fördern, nach aller Möglichkeit bemüht, tunlichst viel Grund und Boden zur Anlage von Gemüsegärten zur Verfügung zu stellen. Das Gesamtausmaß der bestehenden 5300 Kriegsgemüsegärten, die an 26.000 Personen vergeben wurden, beträgt 1.400.000 m². Hierzu kommen die von Schulkindern gepflegten Gemüsegärten mit einem Ausmaße 350.000 m² und die Gemüseanlagen der Schrebergärtner, die ein Flächenmaß von 1.100.000 m² umfassen. Die an städtische Bedienstete vergebenen Gemüsegärten nehmen insgesamt 270.000 m² Boden in Anspruch.

An Saatgut wurden verabsolgt:

Saatkartoffeln an die Wiener Bevölkerung 482.449 kg,
Saatkartoffeln an Schulkinder 16.518 kg,
weitere 5.000.000 Gemüsekeimlinge, 1050 kg Gemüsesamen.
Saatsbohnen 10.515 kg.
Saaterbjen 6.962 kg.
Saatlinsen 1850 kg.
Schließlich Kunstdünger 20.000 kg.

Obst.

Die auf dem Gebiete der Obstverwertung für die vergangenen Wintermonate getroffene Vorsorge der Gemeinde hat sich als sehr nützlich erwiesen. Es wurden abgegeben 1.109.199 kg Dörrpflaumen im Werte von 1.824.973 K und an Marmelade 140.278 kg Powidl im Werte von 306.952 K sowie aus der von der Gemeinde Wien beschäftigten Marmeladenfabrik 182 Bahnwagen Gemeinde Wien-Marmelade im Werte von 4.130.000 K. An Rohwaren für die Marmeladenerzeugung wurde von der Gemeinde eine Menge von 1.822.253 kg geliefert.

Für den kommenden Winter hat die Marmeladenfabrik die Verpflichtung übernommen, bis zu 800 Waggons Marmelade und Paradeismark der Gemeinde zu liefern.

Weiters wurde für den Sommer und den Herbst 1917 eine möglichst große Menge Obst sichergestellt. An Kirichen wurde im Wege der auf den Marktplätzen errichteten städtischen Abgabestellen 5493 Körbe zu 15 kg im Werte von 117.000 K verkauft.

Das Lagerhaus der Stadt Wien.

Das Lagerhaus der Stadt Wien, das im Kriege durch die Angliederung der von der Donauregulierungs-Kommission im Freudenauer Winterhafen erbauten vier Speicher mit einem Fassungsraum von 1000 Waggons, des von der Gemeinde angekauften Speichers Zwischenbrücken mit einem Fassungsraum von 1000 Waggons und des Kühlagerhauses erweitert

und zu einem der größten und besteingerichteten Unternehmen ausgestattet wurde, hat sich als eine wichtige und unentbehrliche Stütze des Lebensmittelverkehrs nach und über Wien und der Lebensmittelverteilung in der Reichshauptstadt erwiesen. Der gesamte Umsatz an Gütern im Lagerhause der Stadt Wien, in dem ständig 6000 bis 10.000 Waggons Ware lagern, betrug im ersten Halbjahr 1917 40.953 Waggons im Werte von 439,579.749 K. Der gesamte Güterumsatz des Lagerhauses vom Ausbruch des Krieges bis Ende Juni 1917 betrug 192.510 Waggons im Werte von 1.392,624.978 K.

Durch das

Kühlagerhaus,

das während des Krieges erbaut, im April 1916 in Benützung genommen wurde und seither beständig voll belegt ist, war es möglich, bedeutende Mengen an Fleisch, Fett und anderen dem schnellen Verderben ausgesetzten Lebensmitteln zu konservieren, durch Anlegen von Vorräten zur Zeit eines Warenüberschusses für die Zeit einer Warenknappheit vorzusorgen und auf diese Weise auf die Lebensmittelversorgung ausgleichend einzuwirken. Im ersten Halbjahr 1917 betrug der Umsatz 14,920.479 kg im Werte von 172 Millionen Kronen. Seit Beginn des Betriebes (April 1916) beträgt der Umsatz 34,878.528 kg im Werte von 261,550.860 K.

Kohlenversorgung.

An die seit Herbst 1914 von der Gemeinde eingeleitete Kohlenversorgung stellte der abgelaufene Winter die größten Anforderungen.

Der bedeutend gesteigerte Absatz hielt bis in den Sommer fast ungeschwächt an.

Der Verkauf steigerte sich an einzelnen Tagen auf über 200 Waggons. Der durchschnittliche Parteienverkehr sämtlicher Plätze betrug im Winter täglich 25.000, in den Sommermonaten täglich 23.000 Personen; auf einzelnen Plätzen stieg der Tagesverkehr auf 6000 bis 7000 Personen.

Während im Jahre 1916 2,097.409 Parteien erledigt wurden, weist das erste Halbjahr allein 3,553.463 Parteien auf. Die Anzahl der abgefertigten Parteien ist seit Beginn des städtischen Verkaufes demnach auf 7,233.732 gestiegen.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1917 wurden im ganzen 1,440.618 q Braunkohlen auf den städtischen Lagerplätzen abgegeben, wozu ein waggonweiser Verkauf von 207.035 q kommt. Der Verkauf von Braunkohle betrug im ersten Halbjahre 1917 daher 1,647.653 q. Der Gesamtverkauf an Braunkohle seit Einführung des Kohlenverkaufes umfaßt 3,633.677 q.

Der Steinkohlenverkauf erstreckte sich nur auf Ostrauer und böhmische Kohle; er betrug im ersten Halbjahre 526.457 q. Insgesamt wurden seit Beginn des Kohlenverkaufes 1,391.072 q Steinkohle verkauft.

Brennholz.

Im Hinblick auf die Kohlenknappheit hat sich die Gemeinde bemüht, möglichst große Brennholzmengen für Wien sicherzustellen, um hiedurch wenigstens den Bedarf an Unterzundholz und den Holzbedarf jener Approvisionierungsgewerbetreibenden zu decken, deren Betriebsstätten ausschließlich auf Holzfeuerung eingerichtet sind. Es wurden ungefähr 100.000 Raummeter um rund 4,500.000 K gekauft.

Petroleum.

Durch die vom Handelsministerium verfügte Regelung im Verbräuche von Petroleum war die Beistellung von Petroleum durch die Gemeinde in der bisherigen Form nicht möglich. Immerhin konnte die Gemeinde mit ihren Vorräten eine etwas bessere Versorgung der Bevölkerung ermöglichen.

Insbepondere wurden die Vorräte der Gemeinde dazu verwendet, um Stockungen in der Zufuhr von Petroleum aus den Rohölgebieten durch Beistellung von Petroleum aus den Gemeindevorräten auszugleichen und so die Beständigkeit in der Petroleumversorgung der Bevölkerung zu sichern.

Im ganzen wurden von der Gemeinde einschließlich des eigenen Bedarfes im ersten Halbjahre 1917 59 Zisternen Petroleum ausgegeben.

Auf Grund eines vom Ober-Kurator v. Steiner gestellten Antrages hat der Gemeinderat im Mai 1917 die Ausgestaltung des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien zu einem

Arbeiterfürsorgeamte

beschlossen und ihm außer der Arbeitslehrstellen und Dienstvermittlung auch noch alle auf die Fürsorge für Privatbeamte, Handelsangestellte, Arbeiter und Dienstpersonen bezughabenden Angelegenheiten, wie Arbeitslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, Fürsorge für das Hauspersonale, Vorkehrungen bei der Demobilisierung zc. übertragen. Dem neuen Amte wurde zur Vorberatung aller wichtigen Angelegenheiten ein Beirat, bestehend aus 18 Mitgliedern und 9 Ersatzmännern, die zum Teile aus der Mitte des Gemeinderates gewählt, zum Teile vom Bürgermeister ernannt werden, beigegeben.

Die Gemeinde ließ sich bei Schaffung des Arbeiterfürsorgeamtes von dem Bestreben leiten, schon jetzt alle Angelegenheiten, die mit der Arbeiterfürsorge im Zusammenhange stehen, in einer Amtsstelle zu vereinen, damit dieselben im gegebenen Zeitpunkte eine rasche und fachkundige Erledigung finden können.

Die Lage des Arbeitsmarktes

war auch in der Berichtszeit für die Stellensuchenden andauernd eine sehr günstige. Die Arbeitslosigkeit, die zu Anfang des Krieges der öffentlichen Verwaltung eine schwere Sorge bereitete, hat sich im Laufe des Völkerringens, insbesondere bei der gewerblichen Männerarbeit und bei der Dienstvermittlung in einen Mangel an Arbeits- und Dienstkräften umgewandelt, der

sich nicht bloß beim Gewerbe und bei der Industrie, sondern auch in den einzelnen Hauswirtschaften immer fühlbarer macht.

Im ersten Halbjahre 1917 betrug die Zahl der im Arbeiterfürsorgeamt angemeldeten Stellenangebote 49.087, ihnen standen nur 46.770 Stellengesuche gegenüber. Die Zahl der Vermittlungen bezifferte sich auf 34.096. Wenn auch die Gesamtzahl der Vermittlungen im Laufe des Krieges naturgemäß eine Abnahme erfahren hat, so konnte das Arbeiterfürsorgeamt seit Kriegsbeginn bis Ende Juni 1917 doch 326.780 Vermittlungen durchführen.

Die verhältnismäßig günstige Lage des Arbeitsmarktes kommt auch in der Benützung des **städtischen Asyl- und Werkhauses** deutlich zum Ausdruck. Der durchschnittliche monatliche Zuwachs an freiwilligen Arbeitern im Werkhause betrug 1914 noch 225, im ersten Halbjahre 1917 betrug er 93. Die durchschnittlichen monatlichen Verpflegstage verringerten sich daher von 10.502 im Jahre 1914 auf 4213 im ersten Halbjahre 1917. Im städtischen Obdachlosenasyle nächtigten im Jahre 1914 monatlich 12.668 Personen, im ersten Halbjahre 1917 durchschnittlich monatlich 6329 Personen.

In der

geschlossenen Armenpflege

für erwachsene Personen hat sich während des ersten Halbjahres 1917 der Pfleglingsstand nicht erheblich geändert; es sind aber in letzter Zeit Anzeichen zutage getreten, die erwarten lassen, daß die Pfleglingszahl bald zunehmen wird.

Der verteuerte Unterhalt der Pfleglinge hat der Gemeinde **Mehrausgaben** verursacht, die in den verflochtenen drei Kriegsjahren zusammen bereits den Betrag von 3.113.000 K erreichen.

Auch die Kosten der

offenen Armenpflege

sind im dritten Kriegsjahre neuerlich gestiegen. So ergab sich im letzten Verwaltungsjahre bei den Geldaushilfen ein Mehrerfordernis von 152.200 K, bei der Beteiligung mit Armenmaterialien ein solches von 23.600 K und bei den Erhaltungsbeiträgen ein solches von 121.000 K gegenüber dem Voranschlage

Die Zahl der

aus Armenmitteln unterstützten Personen

hat in der Kriegszeit gleichfalls zugenommen. Die Zahl der Erhaltungsbeiträge betrug Ende Juni 1914 42.554, dagegen Ende Juni 1917 46.238. Dies bedeutet eine Zunahme um 3684 Personen während der Kriegszeit. Entsprechend den Teuerungsverhältnissen rücken immer mehr Pfründner in die oberen Stufen der Erhaltungsbeiträge vor. Die Höchstgrenze derselben wurde mit 38 K, gegenüber 34 K der früheren Jahre, festgesetzt.

Den verarmten Bürgern wurde zu ihrem Erhaltungsbeiträge eine Teuerungszulage von durchschnittlich 20 Prozent bewilligt.

Die Gesamtauslagen für die öffentliche Armenpflege sind in den Kriegsjahren von 16,316.170 K auf 21,726.250 K gestiegen.

Die

gesundheitlichen Verhältnisse

der Stadt können auch während der Berichtszeit, insoweit Infektionskrankheiten in Betracht kommen, als außerordentlich günstige bezeichnet werden. Scharlach, Diphtherie, und Bauchtyphus wiesen ganz besonders niedere Zahlen auf (Scharlach 1012 gegen 2844 Fälle im 1. Halbjahr 1916, Diphtherie 1304 gegen 1922, Bauchtyphus 111 gegen 98 in der ersten Hälfte des Vorjahres), an Blattern erkrankten 21 Personen, von Flecktyphus wurden 50 Fälle angezeigt. Eine Erkrankung an Cholera ist nicht vorgekommen.

Nicht so günstig gestalteten sich die Erkrankungshäufigkeiten und die Sterblichkeitsverhältnisse an nicht ansteckenden Krankheiten.

Während das zweite Halbjahr 1916 so niedrige Sterblichkeitszahlen aufwies, wie sie in Wien überhaupt noch nie beobachtet wurden, nahm im Jahre 1917 nur noch der Jänner an diesem günstigen Verlauf der Sterblichkeit teil. Der Kälteeinbruch zu Beginn des Jahres, der bis Ende April andauerte, brachte schon Ende Jänner eine Vermehrung der Krankheiten der Atmungsorgane, welche im Februar und März zumeist die Form von Influenza annahm und zu Verschlimmerungen, insbesondere bei chronischen Lungenerkrankungen sowie bei Herzleiden, vor allem bei älteren Personen führten. Die Sterblichkeit mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes stieg dadurch im 1. Halbjahre 1917 auf 19·3 gegen 16·5 im 1. Halbjahr 1916. Die Gesamtsterblichkeit in Wien betrug in den Kriegsjahren 1914/15 17·6, 1915/16 17·3, 1916/17 18·9, schwankte daher innerhalb der Grenzen, wie sie in normalen Zeiten beobachtet wurden.

Von den städtischen Sanitätsstationen wurden im 1. Halbjahr 1917 23.207 (seit Kriegsbeginn 146.866) Kranken- und Leichentransporte, darunter 2432 (seit Kriegsbeginn 29.698) von Militärpersonen, ausgeführt, 5043 (seit Kriegsbeginn 44.034) Desinfektionen in Wohnungen, darunter 358 (seit Kriegsbeginn 5969) in militärischen Ubikationen, vorgenommen. In der städtischen Entlausungsanstalt wurden 524 (seit Kriegsbeginn 1766) Zivilpersonen der Reinigung unterzogen.

Besondere Maßnahmen erforderte die durch die Kriegsverhältnisse bedingte starke Zunahme der Tuberkulose. Behufs zielbewußter Bekämpfung dieser Volksseuche wurden über Veranlassung der städtischen Zentrale für Tuberkulosefürsorge, vorläufig im VI., IX., X. und XX. Bezirke Beratungs- und Fürsorgestellen für Lungenkranke eingerichtet und in Betrieb gesetzt.

Bei der städtischen Beratungsstelle für Ernährung der Kranken während des Krieges sind von Mitte Jänner bis Ende Juni 1917 38.970 Gesuche um Zuweisung von Lebensmitteln für Kranke und um Krankenkost aus den Krankenanstalten eingelangt.

24.285 Personen wurde ein erhöhter Milchbezug ($\frac{1}{2}$ Liter täglich), 706 Kranken doppelte und dreifache Fettmenge, 620 Kranken Fleischgenuß an fleischlosen Tagen, 546 Kranken erhöhte Fettmenge und täglicher Fleischgenuß zugestanden, 948 Personen Diabetikerbrot, 83 Parteien Nephritikerbrot und 121 Simonsbrot zugewiesen. 111 Kranken wurde eine erhöhte Mehlmenge, 77 Kranken eine erhöhte Zuckermenge bewilligt.

Der Bezug der vollen Krankenkost aus den Krankenanstalten mußte infolge mangelnder Beteiligung eingestellt werden; es hatten sich insgesamt nur 53 Personen hiezu gemeldet.

Die Kriegsverhältnisse haben auf den verschiedensten Gebieten an die Gemeindeverwaltung erhöhte Anforderungen gestellt. Es ist begreiflich, daß dies auf die

Gemeindefinanzen

nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Bei den Steuereinzahlungen kann zwar abermals ein Ansteigen der Ziffer verzeichnet werden, und zwar betragen die Steuereingänge im dritten Kriegsjahre **448,464.000 K**, somit um **160,819.000 K** mehr als im zweiten Kriegsjahre. Hieraus ergab sich für die Gemeinde eine Mehreinnahme von rund 9 Millionen Kronen. Dafür sind viele andere Einnahmen der Gemeinde, insbesondere die Verzehrungssteuerzuschläge wesentlich herabgegangen. Auch hat der Krieg

außer den bereits erwähnten Ausgaben für die Angestelltenfürsorge noch andere große Ausgaben unmittelbar veranlaßt. Es sei in dieser Richtung insbesondere gedacht der Ausgaben für sanitäre Vorkehrungen, für Maßnahmen auf sozialem Fürsorgegebiete, im Ernährungsdienste usw., die im ersten Halbjahre 1917 rund 3 Millionen, seit Kriegsbeginn 17 Millionen Kronen betragen. Besonders seien aber die Kosten der Militärbequartierung hervorgehoben, die sich in den ersten sechs Monaten des Jahres rund mit 5 Millionen Kronen, seit Kriegsbeginn rund mit 32 Millionen Kronen beziffern.

Unererschüttert hat der Kredit der Gemeinde auch den Kriegsverhältnissen Stand gehalten. Ein Beweis hiefür war die Begebung des Anlehens von 250 Millionen Kronen im Februar 1917, das trotz des Zinsfußes von $4\frac{1}{2}$ Prozent eine überaus günstige Aufnahme auf dem Geldmarkte gefunden hat.

An der Zeichnung der bisherigen sechs österreichischen Kriegsanleihen haben sich die Gemeinde, ihre Anstalten und Fonds mit einem Betrage von 266,965.000 K beteiligt. In besonderer Weise betätigte sich bei diesen Zeichnungen die Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien, die bei der jüngst ausgegebenen sechsten Kriegsanleihe für sich und ihre Parteien allein den Betrag von 37,500.000 K anmeldete. Die Zeichnungen bei dieser Anstalt für eigene Rechnung und für ihre Einleger haben die hohe Summe von 183,500.000 K für sämtliche Kriegsanleihen, das ist 100 Prozent des bei Kriegsbeginn ausgewiesenen Einlagestandes erreicht.

Drei Jahre schwerer Kriegsarbeit liegen hinter uns, die der Gemeindeverwaltung viele neue schwierige Aufgaben gebracht haben. Wir haben den besten Willen und alle Kräfte darangesetzt, zu leisten, was möglich war, und das Vollbrachte läßt uns hoffen, auch das zu überwinden, was uns noch bevorsteht.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.